

Denn sie wissen nicht, was sie tun ...

OM Rudi Lamml zum Bundeseinheitlichen Durchschnittspreis, der Korridor-Lösung und zur Kündigung der VDZI-Mitgliedschaft



Man glaubt es kaum, aber es ist so: Die Preise für zahntechnische Leistungen, die mit den Krankenkassen über Jahre hinweg verhandelt oder durch Schiedsämter festgelegt worden sind, wurden trotz heftiger und lautstarker Proteste der Betroffenen per Gesetz zum 1.1.2003 um 5 % abgesenkt. Als Begründung muss dazu die von Finanzminister Eichel geplante Anhebung der Mehrwertsteuer herhalten. Die Mehrwertsteuer kam zwar nicht zustande, aber die Absenkung ist geblieben. Ein Schlag ins Gesicht der deutschen Zahntechnikermeister! Eine Absenkung der Preise, obwohl ab dem Jahr 1998 die Ausgaben der GKV für Zahnersatz um bis zu 40 % gesunken sind und Ende 2002 noch immer ca. ein Viertel des Umsatzes von 1997 fehlt. Da es seither kaum mehr nennenswerte Preiserhöhungen für zahntechnische Leistungen gegeben hat, müsste man meinen, die Zahntechniker wären genug geschröpft worden und hätten ihren Teil zur Sanierung der GKV-Finzen beigesteuert.

ANZEIGE

picodent
Zeiser-Modellsystem
Das Original
Vertrieb + Kurse bei uns!
Lüdenscheider Str. 24-26
51808 Wipperfurth
Telefon 0 22 67 - 85 90 0
Telefax 0 22 67 - 85 90 30
www.picodent.de

Damit ist es noch nicht genug. Dem Zahntechniker-Handwerk steht ein neuer Angriff der Politik auf seine Existenz bevor! Nein, stimmt nur teilweise, dieses Mal wird nicht das gesamte Zahntechniker-Handwerk, sondern nur die Betriebe in einigen Vertragsgebieten wie z. B. in Bayern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein betroffen sein. Die für das Jahr 2005 vorgesehene Einführung eines „Bundeseinheitlichen Durchschnittspreises“ (BuDu) mit der sog. „Korridor-Lösung“, die angeblich eine Abmilderung der Folgen des BuDu ergeben soll, bringt Einbußen in diesen Vertragsgebieten zwischen 4,0 % (Hessen) und 9,8 % (Hamburg). Die nachgeschobene und von vielen als Erfolg gefeierte „Korridor-Lösung“ hat im schlimmsten Fall für manche Innungen weitere -5 % zur Folge! Das bedeutet z. B. für Bayern -7,9 % zgl. -5 %, also -12,9 %. Bezogen auf die Preise vom 31.12.02 ist das eine Absenkung um 17,9 %!

Für mich ist klar: Die Politik bringt damit das Zahntechniker-Handwerk in Existenznot.

Sie weiß nicht, was sie tut.
Wer glaubt, der Korridor werde von den Krankenkassen für die Zahntechniker positiv genutzt, täuscht sich gewaltig. In Bayern haben uns die Vorstandsvorsitzenden der drei größten Krankenkassenverbände am 26.9.2003 deutlich gesagt: „Wir nutzen den Korridor an der unteren Grenze. Auf die Gefühle der bayerischen Zahntechniker können wir keine Rücksicht nehmen!“ Wer also den Korridor als Erfolg für die Zahntechniker herausstellt und Glauben machen will, dass in den Hochpreisgebieten

(starke Absenkung) immer die obere Grenze, in den Niedrigpreisgebieten (Anhebung) die untere Grenze zum Abschluss kommen wird, weiß nicht, was er tut! Vertragsbereiche, die durch den BuDu ohne den Korridor nur leichte bis gar keine Einbußen hinnehmen müssten, werden mit dem Korridor ebenfalls in die Verlustzone geraten, wenn ihnen die Krankenkassen auch noch mittels der Höchstpreisregelung einen Strich durch ihre (optimistische) Rechnung machen! Spätestens dann werden die Verantwortlichen in den dann ebenfalls betroffenen Innungen aufwachen.

Dann wissen sie hoffentlich, was sie tun müssen!

Das ist noch nicht die ganze Wahrheit. Betrachtet man einzelne Vertragsbereiche und dort einzelne Leistungsgruppen des BEL, wird man schon dabei erhebliche Absenkungen feststellen müssen. Beispiel Kunststoff: Die Einbußen belaufen sich z. B. in Schleswig-Holstein auf 12,7 %!

Wie kommt es zu dem Vorhaben eines Bundeseinheitlichen Durchschnittspreises? Die „offizielle“ Politik zieht sich auf folgende Begründung zurück: Gleicher Kassenbeitrag für Zahnersatz, gleicher Zuschuss, gleicher Preis! Ansonsten sei die Eigenbeteiligung der Versicherten in den Bundesländern unterschiedlich hoch. Mein Gegenargument: Wer wie im alten Bundesgebiet ein höheres Gehalt als die Bürger im Beitrittsgebiet bezieht, kann auch einen höheren Eigenanteil verkaufen. In einer Solidargemeinschaft sollte das keine Frage sein. Andererseits werden die Bürger im Osten unseres Landes mit dem BuDu sehr viel mehr belastet als bisher, wenn dort die

Preise für zahntechnische Leistungen zwischen 15 und 21,5 % steigen.

Die Politik weiß eben nicht, was sie tut!

Die Kooperationsgemeinschaft ostdeutscher Zahntechniker-Innungen hat in einem Vorschlagspapier vom März 2003 beim stellv. gesundheitspolitischen Sprecher der SPD, Eckart Lewering, die schrittweise Angleichung der Vergütungen gefordert. Das ist legitim.

Was die Kollegen nicht berücksichtigt haben, ist die Tatsache, dass eine solche Forderung bei der Politik zum Selbstläufer wird. Das vorliegende Ergebnis zeigt sehr deutlich, was aus solchen Forderungen wird: Der BuDu mit der Absenkung der Preise in anderen Vertragsbereichen! Die Preise der Betriebe im Osten müssen angeglichen werden, aber nicht auf Kosten der Westbetriebe!

Aus der Entwicklung der ursprünglich richtigen Forderung zugunsten der eigenen Region, die zur Absenkung von Preisen und wirtschaftlicher Existenzgefährdung in anderen Gebieten führt, leite ich meine Folgerung ab:

Denn sie wissen nicht, was sie tun!

Im Frühjahr 2003 wurden die Obermeister bei einer Tagung mit einer Beschlussvorlage des VDZI konfrontiert, in der die Kompetenz des VDZI zur Vergütungsverhandlung für alle Vertragsbereiche vorgeschlagen wurde. Der Preis sollte danach entweder ein Richtpreis oder ein Bundespreis werden. Dieser Vorschlag wurde von den Obermeistern als völlig verfehlt abgelehnt. Aber der Gedanke stand im Raum. War das ebenfalls ein Selbstläufer und schon die Geburt des heutigen BuDu? Übrigens sollten ei-

nige der deutschen Zahntechniker-Innungen, die mich vielleicht nicht verstehen können, die Tatsache zur Kenntnis nehmen, dass sie die Höhe des Bundeseinheitlichen Durchschnittspreises z. B. dem Vertragsbereich Bayern, und zwar einerseits den dortigen Preisen selbst und andererseits der Gewichtung des BuDu nach Versicherungszahlen, zu verdanken haben.

Zum Ausgleich dafür, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen jetzt u. a. Eure 1.500 bayerischen Kollegen diese nochmalige drastische Absenkung hinnehmen! In Bayern wird 2005 ein großer Teil dieser Betriebe über den Jordan gehen! Liebe VDZI- und Innungskollegen, Ihr lasst die Bayern fallen wie heiße Kartoffeln!

Wenn auch der VDZI in seinem Info-Fax bereits am 26.09.03 mitteilt, der Kampf ist zu Ende, dann frage ich: „Wollt ihr wirklich tatenlos zuschauen, wie 1.500 bayerische Betriebe zu Grunde gehen?“ Ich will das nicht, deshalb werde ich alles nur Denkbare und Machbare dagegen unternehmen.

Ich rufe allen Zahn Technikern und Politikern zu: „In Bayern geht der Kampf jetzt erst richtig los!“

Denn wir wissen, was wir zu tun haben!

Für mich als Obermeister und meinen Vorstand stehen jetzt unsere Mitgliedsbetriebe im Vordergrund unserer gesamten Bemühungen. Meine Mitglieder zahlen ihren Innungsbeitrag und jetzt zum zweiten Mal eine Sonderumlage bestimmt nicht dafür, dass der Bundeseinheitliche Durchschnittspreis samt Preiskorridor verwirklicht werden kann. Sie wollen über den VDZI-Beitrag nicht auch noch die Nägel für ihren eige-



Obermeister Rudi Lamml.

nen Sarg bezahlen, denn der VDZI hat von der Politik den Auftrag erhalten, diesen BuDu auszurechnen. Meine Mitglieder, mein Vorstand und ich akzeptieren den Bundeseinheitlichen Durchschnittspreis nicht und wollen, dass der VDZI und seine Innungen dagegen mit allen Mitteln kämpfen. Genau dies tut er unserer Meinung nach nicht in dem für uns notwendigen Ausmaß wegen möglicher Interessenskonflikte im Verband!

Aus diesem Grund hat sich der Vorstand der Zahntechniker-Innung Nordbayern gemeinsam mit seinen südbayerischen Kollegen entschieden, die Mitgliedschaft im VDZI zum 31.12.2004 zu kündigen.

Irgendwo in meinem Inneren brennt ein Licht der Hoffnung, dass die anderen Innungen und der VDZI in der verbleibenden Zeit bis zum Inkrafttreten des BuDu zum 01.01.2005 möglichst bald erkennen, was sie tun sollten! Meine größte Freude wäre es, wenn ich mich in allen Punkten irren würde und wir gemeinsam marschieren könnten, um diesen gesetzgeberischen Wahnsinn noch aufzuhalten!

Ihr für jede Kritik und Anregung offener

Rudi Lamml, Obermeister

Nürnberg, 3. Dezember 2003

Innungen aus VDZI ausgetreten

Fortsetzung von Seite 1

Deshalb müsse man zunächst an den VDZI-Mitgliedsbeiträgen sparen, was den Austritt der beiden Innungen aus dem Verband bedeute. Nach einer Pressemitteilung seien die Innungen gezwungen, für ihre Mitglieder zu sparen und sich auf ihr politisches Kerngeschäft zu konzentrieren, um das Überleben der bayerischen Betriebe zu sichern.

Nach der Veranstaltung wurde von langjährigen Delegierten zu erkennen gegeben, dass die Ursache für den Bundesdurchschnittspreis ein „seit Jahren fehlendes Konzept“ zur Angleichung der Leistungspreise in den neuen Ländern ist. Initiativen hierzu gab es nach Auskunft in VDZI-Mitgliederversammlungen jedoch zahlreich, so auch in Bad Fredeburg. Im Rahmen des dort verabschiedeten Konzeptes schlug man vor, einen 5-Stufen-Plan zur Angleichung zu beschließen und an die Politik heranzutragen. Damals fand dieser Vorschlag keine Mehrheit. Ebenso sei der nun gesetzlich verankerte 5%-Korridor ein bedauerlicher Fehler, der das

Verhandlungsrisiko der Innungen bei den anstehenden Vergütungsverhandlungen erhöhe. Diesen Befürchtungen widerspreche jedoch eine deutliche Interpretation des Gesetzestextes sowie das Zustandekommen des Korridors.

In ihrer Mitteilung erklären die ausgetretenen Innungen, welche Auswirkungen sich durch die Neuregelungen ergeben. Alleine durch den Bundesdurchschnittspreis betrage die Preisabsenkung für zahntechnische Leistungen in Bayern 8 %. Einzelne bayerische Krankenkassen sollen sogar mit einer weiteren Absenkung um bis zu 13 % gedroht haben, um aus deren Sicht den „Verhandlungskorridor“ zu eröffnen. Zu den Preisabsenkungen der Jahre 2003 und 2005 würden durch den neuen BEMA sowie durch die veränderten Zahnersatzrichtlinien im Jahr 2004 weitere wirtschaftliche Einschränkungen hinzukommen. Als weiterer Austrittsgrund werden deutliche Interessensgegensätze innerhalb des Zahntechniker-Handwerks aufgeführt.

Da für zahntechnische Leistungen der ostdeutschen Kollegen eine Angleichung durch den Bundesdurchschnittspreis erreicht werden könne, würde man von den Innungen der neuen Länder bei der Verhinderung der Absenkung „kaum unterstützt“ werden.

Abschließend appellieren die bayerischen Innungen an die VDZI-Führung sowie an die Obermeister der anderen Innungen, in einer „verstärkten gemeinsamen Kraftanstrengung“ die ruinösen Konsequenzen für allein 1.500 Dentallabore in Bayern sowie „in den anderen betroffenen Regionen“ durch politische Initiativen abzumildern oder ganz zu beseitigen. So könne in den Innungsgebieten Nord- und Südbayern die wirtschaftliche Grundlage für eine weitere VDZI-Mitgliedschaft und damit die Geschlossenheit des deutschen Zahntechniker-Handwerks erhalten bleiben. Vom Inhalt der Pressemitteilung, in der auch das Vertragsgebiet Schleswig-Holstein als „sicherer Verlierer der Reform“ genannt wird, hat sich dessen Obermeister Peter K. Thomsen ausdrücklich distanziert. ☐

ZAHNTECHNIK ZEITUNG

SPAREN FÜR DIE KOLLEGEN

Eiskalt wurden die Delegierten der Herbstmitgliederversammlung des VDZI vom Austritt der Nord- und Südbayerischen Zahntechniker-Innungen überrascht. Gleich zwei Innungen mit einem Schlag. Damit hat der VDZI nicht nur zwei bedeutende Innungen weniger, sondern ihm entgeht auch ein Fünftel seiner Beiträge. Man mag den Austritt als überzogene Reaktion verurteilen, Tatsache ist aber, dass die bayerischen Betriebe in besonderer Weise von den neuen Richtlinien und besonders auch vom Bundesdurchschnittspreis betroffen sind. Schuld daran ist nicht nur eine verunglückte Gesetzgebung durch die Bundesregierung. Vielmehr spielt hier auch die extreme Standespolitik der Zahnärzte in Bayern sowie das besonders rücksichtslose Verhalten der Bayerischen Krankenkassen eine wichtige Rolle. Den bayerischen Zahn Technikern bleibt keine andere Wahl, als sich mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen.

Der VDZI hingegen gerät in ein Dilemma. Auf der einen Seite stehen die ostdeutschen Zahn Techniker-Innungen mit einer starken Kooperationsgemeinschaft, die eine längst überfällig gewordene Preisangleichung für zahntechnische Leistungen nicht mehr aus der Hand geben wollen. Andererseits die westdeutschen Zahn Techniker-Innungen, in deren Vertragsgebiete drastische Absenkungen durch den Bundesdurchschnittspreis drohen. Die Interessen könnten kaum unterschiedlicher sein. Das spiegelt sich natürlich auch in dem nun entfachten Konflikt wider.

Über Ursachen, wie es zu dieser Situation gekommen ist, kann man lange spekulieren. Bringt aber nichts mehr. Eben so wenig Schuldzuweisungen. Wichtig ist nun, dass sich der VDZI auf ein durchführbares Konzept einigen kann, welches die Ostangleichung vorsieht, die Zahn Techniker im Westen nicht in ihrem Bestand gefährdet und vor allem von der Politik akzeptiert und umgesetzt wird. Letzteres dürfte aber eine Hoffnung bleiben – leider.

Sollten die Auswirkungen so zutreffen, wie sie von Obermeister Rudi Lamml beschrieben wurden, ist es besonders bedauerlich, dass es ausgerechnet die Kollegen trifft, die sich unermüdlich für die Interessen der ostdeutschen Zahn Techniker eingesetzt haben. Im Sinne des VDZI muss man nun auf einen Dialog zwischen Ost und West sowie zwischen Innungen und VDZI-Führung hoffen.

Ihr Roman Dotzauer

